

# Sozial-Zeitung

## hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint am jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis lautet 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Cent Pfennig Zustelgebühren. Inhalt der Anzeigen-Annahme: Jeden Mittwoch.

Die Anzeigen werden nach National-Zeiten berechnet: Die Zeile 0.21 Goldmark. Belegzeilen: Diese Draumode 1a und 6a. Druckausgabe 17. Sonntagspreise: Gesamtsumme 74.00. Druck-Druck: „Coalingen Halleische“. Druck-Redaktion: Danneberg Halleische Zeitung, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 2215. Verlagsort: Halle a. S.

### Schwankende Regierungen.

England, Frankreich, Belgien, Italien.

Den Londoner Times war es vorbehalten zu entdecken, daß die in fast allen Reparationsfragen bestehenden unklaren Regierungsverhältnisse die Gewähr für eine baldige Lösung des großen Problems böten. Das große tonierervative Blatt ist der Meinung, daß sich Macdonald, Herriot, Mussolini, Theunis und Marx im Hinblick auf die geringen Lebenschancen ihrer Kabinete mit der Entscheidung des Reparationsproblems nach Möglichkeit beschäftigen werden; denn sonst könnten sie vom Schauplatz der Geschichte abberufen werden, ohne sichtbare Spuren ihres Wirkens hinterlassen zu haben. Diese Auffassung ist einigermaßen nativ. Am letzten Sonntag haben Herriot und Macdonald bei ihrer Begegnung in Chequers bekanntlich lebhaft debattiert, daß in Amerika der Wahlkampf um die Nachfolge Coolidges im Weißen Hause bereits begonnen habe. Die beiden Staatsmänner haben durchaus zutreffend festgestellt, daß sich die derzeitige republikanische Regierung in Amerika keinesfalls mit dem Dium befassen werde, das Volk der Vereinigten Staaten unentrichtbar in den Strudel der europäischen Wirren hineingezogen zu haben. Amerika ist in einer der wichtigsten weltpolitischen Fragen aktionsunfähig, weil das republikanische Regime schwach, — und die europäischen Staaten sollen besonders aktionsfähig sein, weil ihre Regierungen nicht mehr oder noch nicht fest im Sattel liegen.

Kurz nachdem Herriot auf der Reise nach Belgien das Vermorel passierte, hat sich das Kabinett Macdonald im Unterhause eine schwere Niederlage geholt. Nun hat allerdings der derzeitige britische Kabinettschef wiederholt erklärt, daß er wegen einer Bagatelle nicht zurücktreten werde; die drei Parteien des Unterhauses haben diese Auffassung bisher auch respektiert. Man darf sich jedoch nicht darüber täuschen, daß in England geradezu über Nacht eine Kabinettskrise ausbrechen und Macdonald aus Downingstreet verschwinden kann. Auch in Frankreich besteht eine Ministerregierung, die allerdings von politischen Nachbarn bis auf weiteres gestützt wird. So bald jedoch die Politik Herriots einen wirklichen oder scheinbaren Mißerfolg erleiden sollte, wird das Kabinett des ersten Verbandspräsidenten in der Minderheit bleiben. Der Belgier Theunis ist ein Ueberbleibsel aus der Ära Poincaré; er ist bereits zweimal gestürzt worden und nur deshalb wieder erschienen, weil kein anderer Staatsmann zur Regierungsbildung genügend Lust und parlamentarische Routine hatte. Mussolini hat erst dieser Tage den tonzentrierten Angriff abzuwehren gesucht, den seine Feinde und sogar ein Teil seiner Freunde gegen ihn eingeleitet hatten.

In den vier hauptsächlichsten alliierten Ländern Europas schwanken also die Regierungen, — und das ist in Deutschland nicht anders, wie jeder, der die politische Entwicklung der letzten Wochen verfolgt hat. Trübe es zu, was die Times behaupten, daß schwankende Regierungen besonders entscheidungsfähig sind, so müßte man allerdings den Lust-Verhandlungen der Alliierten unter sich und mit Deutschland die größten Aussichten beimessen. Die Geschichte zeigt jedoch, daß nur starke Regierungen klare, dauerverprechende Entscheidungen treffen vermögen. Seitdem Weltgeschichte aufgezeichnet wird, haben sich stehende Völker gewiegt, mit einem bewegten Volke bindende Abmachungen zu treffen, solange dies besiegte Volk seine feste und aktionsfähige Regierung hatte. „Staat und aktionsfähig“ sind in der Politik geradezu als identische Begriffe angesehen worden. Wenn die schwankenden Regierungen Europas zu einer schnelleren Lösung des Reparationsproblems gelangen, so kann dies nur für die Qualität der Lösung von Nachteil sein. Um überhaupt etwas vorweisen zu können, werden diese Regierungen Schwierigkeiten

### Herriots Erklärung vor dem Senat.

#### Sicherheiten und Sanktionen.

##### Vertrauensvotum für Herriot.

Im Pariser Senat gab gestern Herriot Erklärungen über das Ergebnis seiner Londoner Reise ab. Entsprechend einer Verabredung, stellte Senator Hubert im Namen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zehn Fragen, die u. a. die Annahme und Ausführung des Dawesplanes, die Räumung des Ruhrgebietes und dessen eventuelle Wiederbesetzung, die Frage der Besetzung des linken Rheinufers, die Stellung Deutschlands zu diesen Fragen, die Haltung Belgiens in der Reparations- und Sicherheitsfrage, die Entlassung Deutschlands, die interalliierte Konferenz und die interalliierte Schuldenfrage betrafen. Ministerpräsident Herriot verlas eine schriftliche Erklärung, in der er u. a. ausführte: Die Alliierten müßten Sicherheiten erlangen, daß ihre Forderungen an Deutschland einen kommerziellen Wert tragen.

In der Frage der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes haben die Regierungen Frankreichs und Belgiens ihre Handlungsfreiheit nicht aufgegeben. Man habe Versprechungen Deutschlands in der Ausführung des Dawesplanes ins Auge fassen müssen, Macdonald habe ihm bekämpft, daß für den Fall, daß Deutschland verlege, England sich freiwillig verpflichten werde, an der Seite der Alliierten zu bleiben.

Das Vorgehen für den Fall etwaiger Verstärkungen müsse auch geprüft werden. Seine Unterhaltung habe auch die Frage einer Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff betroffen. Die Sicherheiten, die der Friedensvertrag gegeben habe, er erklärte Herriot weiter, nicht aufgegeben können. Die Sicherheitsbedingungen im Gebiet der französisch-belgischen Regie sollten militärischen Sachverständigen unterbreitet werden. Damit Europa in Frieden leben könne, müsse Deutschland entwaffnet sein. England wünsche, daß sich Deutschland durch untergeordnete Verpflichtungen binde. Er — Herriot — habe alle Vorkehrungen getroffen, damit diese Verpflichtungen keinerlei Neuerungen des Friedensvertrages von Besessenen kässen. Man habe sich schließlich dahin verständigt, zu erklären, daß Deutschland, wenn es loyal sei,

und Meinungsverschiedenheiten verschweigen oder verhandeln, und damit die Gefahr für künftige Konflikte heraufbeschwören.

Als eine Entscheidung der Reparationsfrage nur dadurch zu erreichen, daß solche Gefahren mit in den Kauf genommen werden, so ist es wertlos. Wenn es zutrifft, daß die Regierungen der hauptsächlichsten Mächte nicht feststehen, so gibt es für sie nur ein Mittel, um ihre Lage zu bessern und zu festigen: starkes Handeln. Heute muß Belgien als das Land angesehen werden, welches einer schnelleren Lösung des Reparationsproblems widerstrebt. Nachdem Frankreich und England die belgische Vermittlung nicht mehr brauchen, können sie umgekehrt von zwei Seiten auf Belgien einwirken, um es einer erträglichen Lösung der Reparationsfrage geneigt zu machen. Es muß abgemartet werden, ob die kommende Londoner Konferenz; unseren Vertretern die Möglichkeit gibt, die deutschen Bedenken gegen die Sachverständigenvor schläge vorzubringen. Unter keinen Umständen aber dürfen wir in dem mit treffenden Reparationsabkommen Unklarheiten und Zweideutigkeiten dulden, wie sie sehr zu unserem Schaden im Versailler Vertrag reichlich vorhanden sind. Sollte sich bei den „schwankenden Regierungen“ in Paris, London, Rom und Brüssel die Meinung geltend machen, gegen Vernunft und Ehrlichkeit faule Kompromisse zu schließen, um nur schnell irgendeinen Ver-

trag unter Dach und Fach zu bekommen, so haben wir die Pflicht, uns dem zu widersetzen.

Nachdem die Reichsregierung aus tatsächlichen Erwägungen darauf verzichtet hat, eine deutsche Kritik gegen das Sachverständigen Gutachten vorzubringen, hat sie nochmals Gelegenheit, der Wahrheit und damit der politischen und wirtschaftlichen Vernunft zu dienen. Wenn auch die Reichsregierung in parlamentarischer Sinne auf einer schwankenden Grundlage ruht, so schließt das doch nicht aus, daß sie in den kommenden Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationsgläubiger klaren Willen und Festigkeit befundet.

#### Vertrauensvotum für Mussolini.

Am 27. Juni. Am Senat sprach Abbate sowie Graf Storaz gegen Mussolinis Innenpolitik. Graf Storaz rief Mussolini zu bestia und leidenschaftlich an, daß die Mehrheit des Senates ihn wiederholt niederstürze. Storaz hat durch diese persönliche Geistesfreiheit Mussolini gegen seine Pflicht einen Dienst erwiesen. Der Senat erteilte Mussolini ein Vertrauensvotum mit 225 gegen 21 Stimmen bei 6 Stimmenthaltenen.

Die Umbildung der italienischen Regierung soll im Laufe der nächsten Woche vor sich gehen. Nach dem „Corriere d'Italia“ soll der Minister und Parlamentarier in das neue Kabinett treten, wie der „Giornale“ Soleri und die „Rechtsliberalen“ Nicio und Arcobelli. Die genannten Politiker gehören zu Parteien, welche dem Faschismus zwar nicht anhängen, ihn aber unterstützen. Der Zusammentritt der Kammer zur Vorherrschaft der neuen Regierung soll in den ersten Tagen des Juli stattfinden.

#### Die Militärkontrolle.

Die Entscheidung ist gefallen; die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Forderung der Entente anzunehmen und einer national alligierten Kommission die deutsche Kontrolle zu übertragen. Das macht geschäftsmäßig einen peinlichen Eindruck, nachdem wir nun fast Jahr und Tag nach allen Regeln der Kunst auspostiert und ausgeplündert worden sind. Das jetzt die ganze Komödie der Militärkontrolle sich noch einmal wiederholen soll, ist auch nicht ganz unbedenklich. Nach die Kontrollkommission wiederholt nachgewiesen worden, wie stark die Erregung in Deutschland über diese dauernden Exzitationen ist. Deshalb hätte es nahegelegen, daß Frankreich und England auf ihre Forderung verzichten und zumal Herr Herriot hätte hier eine gute Gelegenheit gehabt, durch eine einfache Geste seinen Willen zu einer Verständigung zu bezeugen. Ganz unpassend ist die deutsche Auffassung zutreffend, wonach die Kontrollkommission längst hätte aufgelöst werden müssen, um ihre künftige Aufgabe an den Völkerbund abzugeben. Aber Was geht nun einmal heutzutage vor Recht.

Wenn man also rein aus dem Gefühl heraus gehandelt hätte, so wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, die gesamten Forderungen auf alle Konsequenzen hin abzugeben. In Paris und London scheint man etwas Ähnliches beabsichtigt zu haben, deshalb der Brief, den Macdonald und Herriot an die deutsche Regierung richteten. Ein merkwürdiges Schriftstück übrigens, das eine Mittelding zwischen diplomatischer und international-sozialistischer Angelegenheit ist, das aber jedenfalls einen Vorzeil hat, daß es sich durch eine lustige, aber nicht sehr geistreiche, aber sehr frühere Zeiten unterscheidet. Der Brief hat wohl die Absicht, der deutschen Regierung die Zustimmung zu erleichtern, indem er den Beweis geben will, daß man hinsichtlich in anderer Form mit uns umzubringen beschäftigt und uns nicht mehr als Objekt, sondern als gleichberechtigten Kontrahenten behandeln will. Zum Zweiten aber ist in dem Brief die Zulage enthalten, daß diese Prüfung endgültig die letzte sein soll, daß wir also künftig von einer Fortsetzung verschont bleiben und der Völkerbund in seine Rechte eingestiegen werden soll.

Die Regierung hat sich entschlossen, die bittere Bille zu schlucken. Mägebend gewesen ist dabei für sie, daß eine Ablehnung der vorliegenden Rückstellungen auf die Verhandlungen über das Sachverständigen Gutachten zu Lasten haben müßte, daß damit also alle Hoffnungen auf eine einträgliche Lösung des Reparationsproblems — und damit auch auf ausländische Anleihen, die uns aus unserer Kreditnot herauszuführen sollten — zunichte würden. Soll man das Kabinett deswegen lösen? Es war in einer Wagnisfrage und hat die Zustimmung zu der Note schließlich als das kleinere Übel gewählt.

Bedanken aber für diese neue Demütigung dürfen wir uns nicht ausschließlich bei den Franzosen und Engländern, sondern auch bei denen, die durch großzügiges Reden und Schreiben den Franzosen ermunterte Gelegenheit gaben, die ganze Welt loslösen und ihr Angst vor unmittelbarer bevorstehenden Notwendigkeiten Deutschlands zu machen. Es ist uns bekannt, daß die französische Regierung Bolognari und die englische Regierung Balfour in großen Massen aufgestaut und den ausländischen Regierungen überhand hat als Beweis dafür, wie es tatsächlich in Deutschland um die Abwicklung bestellt ist. Da aber auch andere Länder, wie beispielsweise England, die Angst vor Deutschland immer noch in den Knochen hat, ist es gerechtfertigt, wenn sie angelegentlich solcher „Beweise“ der französischen Forderung zustimmen und eine normale Kontrolle aufzugeben.

#### Der Sicherheitsplan Herriots.

Aus Kreisen, die Herriot nahestehen, wird über den Sicherheitsplan Herriots mitgeteilt, vor dem Abbruch des Defensiv-Paktes soll ein Beistandsvertrag von den Nachbarn Deutschlands gebildet werden, bestehend aus England, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei und Polen. Deutschland soll eingeladen werden, diesem Beistandspakt beizutreten.

Vertical text on the left margin, likely a price list or index, including numbers like 11, 8.25, 0.6, 0.11, 0.15, 0.65, 0.75, 0.90, 1.15, 0.6, 0.5, 0.7, 4.10, 4.40, 9b, 1924, 24, 4850, 425, 1375, 31000, 3000, 8000, 9500, 9000, 450, 6500, 450, 125, 2500, 9750.

